A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 23 Sonnabend, den 22. Februar 1930 43. Jahrgang

Verzicht auf die große Deckungsvorlage

Die Finanzbesprechungen abgeschlossen.

Berlin, 21. Februar.

Die finanzpolitischen Erörterungen zwischen den Regierungsparteien und dem Reichsfinanzministerium sind zum Abschluß gelangt. Die Aussprache über Haushalts- und Steuerfragen ist geschlossen worden, während die abschließenden Besprechungen über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung auch umgehend erfolgen sollen.

Gleichzeitig hofft der Reichsfinanzminister in unmittelbaren Besprechungen mit dem Arbeitsministerium die noch vorhandenen Differenzen über gewisse Etatposten des Arbeitsministeriums ausgleichen zu können, so daß das Kabinett die Ausgabenseite des neuen Reichshaushalts endgültig feststellen könnte.

Der Reichsfinanzminister hofft weiter, spätestens Anfang der nächsten Woche auch die Frage der Deckung des Reichshaushalts für 1930 unter Dach und Fach zu haben. Er hat offenbar auf die sogenannte große Deckungsvorlage, die er ursprünglich im Auge hatte, verzichtet.

Das würde bedeuten, daß der Haushaltsfehlbetrag von 1928 in Höhe von 154 Millionen Mark endgültig auf den Schuldentilgungsfonds übernommen wird. Inwieweit sich hierdurch eine Entlastung des Steuerprogramms der Reichsregierung ergibt, bleibt abzuwarten. Nach privaten Schätzungen glaubt man gegenüber den bisherigen Mehrforderungen von etwa 400 Millionen Mark nunmehr mit 250 oder höchstens 300 Millionen Mark neuen Steuern auskommen zu können. In Frage kommt hierfür in erster Linie die Erhöhung der Biersteuer und die Erhöhung der Kaffee- und Teezölle. Den Vorschlägen, die auf ein Notopfer in der Form einer allgemeinen Erhöhung der Kopfsteuer oder in der Form eines Sonderbeitrages vom Einkommen der Festbesoldeten und Beamten zielen, setzt der Finanzminister aus nahe liegenden politischen Gründen nach wie vor entschiedensten Widerstand entgegen.

Zur Biersteuererhöhung.

Eine Abordnung der landwirtschaftlichen Erzeugerverbände und der Bauernorganisationen weilte in Berlin, um Stellung zur drohenden Erhöhung der Biersteuer zu nehmen. Vertreten waren der Bayerische Christliche Bauernverein, der Landbund, der Landesverband Bayerischer Ackerbauvereine, der Deutsche Hopfenbau-Verband und der Deutsche Weinbau-Verband. Die Abordnung verhandelte mit Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und Vertretern der sämtlichen Regierungsparteien.

Die Vertreter der bayerischen Landwirtschaft wiesen mit allem Nachdruck hin auf die katastrophalen Folgen, welche eine Biersteuererhöhung für die bayerische Landwirtschaft, für die bayerische Industrie und das bayerische Gewerbe haben müsse. Ebenso scharf wandten sie sich gegen eine Wiedereinführung der Weinsteuer oder der gemeindlichen Getränkesteuern.

Zollerhöhung für Kaffee und Tee.

Berlin, 21. Februar. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett ermächtigte in seiner unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattgehabten Sitzung den Reichsfinanzminister zum Erlaß einer Verordnung über die Entrichtung der Zollerhöhungen für Kaffee und Tee, welche in dem Gesetz vom 8. April 1922 über Erhöhung von Zöllen beschlossen sind. Die vom Reichsfinanzminister daraufhin zu erlassende Verordnung wird unverzüglich der Oeffentlichkeit bekanntgegeben. Die Erhöhung tritt am 5. März dieses Jahres in Kraft. Das Reichskabinett erledigte alsdann die Ausgabenseite des Etats für 1930 bis auf einige kleinere Restpunkte, die noch im Laufe dieser Woche ihre abschließende Behandlung finden werden.

Zu der vom Reichskabinett beschlossenen Erhöhung des Zolles auf Kaffee und Tee erfahren wir folgende Einzelheiten: Der Zoll auf Rohkaffee, der bisher 130 Rm. pro Doppelzentner betrug, wird auf 160 Rm. erhöht, für gebrannten und gemahlenen Kaffee von 175 auf 300 Rm, der Zoll auf Tee von 220 auf 350 Rm.

Diese Erhöhungen bewegen sich im Rahmen der Ermächtigungen, die durch das in der amtlichen Mitteilung über den Kabinettsbeschluß erwähnte Gesetz vom Jahre 1922 gegeben ist. Damals wurden die Zollmöglichkeiten auf allen anderen Gebieten ausgenutzt, während die Erhöhung auf Kaffee und Tee erst jetzt nachgeholt wird.

Von zuständiger Stelle wird betont, daß aus der Erhöhung der Zölle kaum ein Rückgang des Konsums zu befürchten sei, weil die Preise in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen sind. Das Reichsfinanzministerium erwartet aus der Erhöhung des Zolls auf Kaffee eine Mehreinnahme von 40 Millionen Rm., auf Tee von 7 Mill. Rm. Dazu kommen noch 13 Mill. Rm. aus der Nachverzollung der in Deutschland lagernden Bestände, so daß die Mehreinnahme im ganzen für dieses Jahr auf etwa 60 Mill. Rm. zu errechnen ist. Von der Nachverzollung bleiben Haushaltsbestände bis zu 5 Kilogramm frei.

Zwischenfall Wirth — von Freytag-Loringhoven.

Berlin, 20. Februar. In der Sitzung des Youngplanausschusses kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth und dem deutschnationalen Abgeordneten Freiherrn von Freytag-Loringhoven, wozu von deutschnationaler Seite mitgeteilt wird: Nachdem der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter Heimann, die Sitzung geschlossen hatte, beklagte sich Minister Wirth darüber, daß in dem Bericht der Rechtspresse behauptet worden sei, aus dem Ausschuß sei ihm zugerufen worden, er benehme sich wie ein Primaner. Abgeordneter von Freytag-Loringhoven bemerkte schließlich, da die erregten Vorwürfe fortdauerten: „Angesichts Ihres augenblicklichen Benehmens ist dieser Vergleich noch viel zu höflich." Daraufhin stürzte Minister Dr. Wirth auf den Abgeordneten mit den Worten zu: „Und Sie wollen ein Universitätsprofessor sein? Pfui! schämen Sie sich!" Abgeordneter von Freytag-Loringhoven erwiderte: „Lernen Sie erst Manieren, bevor Sie sich erlauben, mit mir zu sprechen!" Darauf verließen beide den Saal, wobei noch immer erregte Worte gewechselt wurden. Durch das Dazwischentreten von mehreren Abgeordneten wurde dann der Zwischenfall beendet.

Journalist in der vertraulichen Sitzung.

Berlin, 21. Februar.

Der Zusammenstoß zwischen dem Reichsminister Dr. Wirth und dem Abgeordneten von Freytag-Loringhoven, war, wie sich jetzt herausstellt, auf einen Bericht zurückzuführen, den die „Deutsche Zeitung" über die vertrauliche Sitzung vom Montag veröffentlicht hatte. Der Bericht stammte von einem Redakteur der „Deutschen Zeitung", Joachim Nehring, der durch eine versehentlich offene Tür die Journalistentribüne des Reichstages betreten und auf diese Weise der Sitzung des Ausschusses beigewohnt hatte.

Dr. Wirth war jedoch der Ansicht gewesen, daß dieser Bericht von einem Mitgliede des Ausschusses verfaßt worden sei und hatte den Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven im Verdacht.

Der ganze Vorgang, dessen Aufklärung beträchtliches Aufsehen im Reichstage hervorrief, nachdem bereits ein Teil der Morgenpresse von dem „Manne unter der Bank" — allerdings unrichtiger Weise berichtet hatte — war eingangs Gegenstand der Beratungen der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen und des Haushaltsausschusses.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Scheidemann (Soz.) gab eine Erklärung, die sich gegen die Berichterstattung der „Deutschen Zeitung" über die Ausschußverhandlungen wendet.

Zunächst betonte er, daß die Annahme der Artikel der „Deutschen Zeitung" auf Grund von Indiskretionen eines Ausschußmitgliedes (gemeint ist Freytagh) zustande gekommen sei. Dies habe sich erfreulicherweise nicht als richtig herausgestellt. Vielmehr scheine sich der Vertreter der „Deutschen Zeitung" auf die Journalistentribüne geschlichen zu haben, deren Tür durch ein Versehen des Reinigungspersonals des Reichstages kurze Zeit unverschlossen geblieben war. Der Ausschuß verhandle nicht vertraulich, um der Presse die Arbeit zu erschweren, sondern aus vaterländischem Interesse.

Der Artikel der „Deutschen Zeitung" gebe die Verhandlungen falsch und entstellt wieder und gefährde das Interesse auf das allerschwerste.

Der Redner sprach dann den Wunsch aus, daß der Reichstagspräsident dem Journalisten die Reichstagskarte entziehen möge, einem Ersuchen, dem bisher wegen der Abwesenheit des Reichstagspräsidenten noch nicht entsprochen worden ist.

Gesandter Dr. Köster †.

Belgrad, 20. Februar.

Der deutsche Gesandte für Südslawien, Dr. Adolf Köster, der sich vor einigen Tagen einer Blinddarm-Operation unterziehen mußte, ist an den Folgen der Operation verschieden. Am Totenbett waren die Gattin des Gesandten und die behandelnden Aerzte.

Dr. Köster stand im 47. Lebensjahre. Er war ein gebürtiger Hannoveraner. Nach dem philosophischen Studium ließ er sich zunächst als Privatdozent an der Münchener Technischen Hochschule nieder, kehrte jedoch bald der Laufbahn des Hochschullehrers den Rücken, um sich auf politischem Gebiet zu betätigen. Während des Krieges war Köster für eine Reihe deutscher Zeitungen Kriegsberichterstatter an der Westfront. Von 1919 bis 1920 war Köster Reichs- und Staatskommissar im Abstimmungsgebiet für Nord-Schleswig. Er wurde dann Minister des Aeußeren im ersten Kabinett Müller, 1921 bis 1922 Minister des Innern im Kabinett Wirth, hierauf Gesandter in Riga bis 1928 und dann Gesandter in Belgrad. Dr. Köster war Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

Meinungsverschiedenheiten in Genf.

Ein italienischer Vorstoß.

Genf, 21. Februar.

Italien, das schon die Londoner Konferenz durch seine Sonderwünsche in Bewegung hält, ist auch auf der Genfer Zollfriedenskonferenz mit einer Stellungnahme hervorgetreten, die Erstaunen und Befremden hervorrief. Der italienische Delegierte hat in einer längeren Rede die ganzen Bemühungen um einen Zollfrieden für verfrüht erklärt und die Rückkehr zu zweiseitigen Handelsverträgen als den gegebenen Weg empfohlen. Er hat diese Meinung sehr freimütig und sehr temperamentvoll vertreten, und er hat damit zweifellos einen Teil der Konferenzmitglieder aus dem Herzen gesprochen.

Freilich nicht dem Teil, von dem die wirtschaftliche Lage Europas die dringend notwendige Entspannung erhoffen darf. Das Echo, das der italienische Vorstoß gefunden hat, und das besonders stark in einer Rede des holländischen Delegierten zum Ausdruck kam, war denn auch ein umso deutlicher unterstrichenes Bekenntnis zu der Aufgabe, dem wirtschaftlichen Wettrüsten Einhalt zu gebieten, um so über den Zollwaffenstillstand hinaus den Weg zu eröffnen für eine bessere Ordnung. Man erkennt, daß die ganze wirtschaftspolitische Arbeit des Völkerbundes in Frage gestellt wäre, wenn man jetzt nicht wenigstens zu einem bescheidenen Ergebnis käme. Man sollte danach handeln.

Unter radikalsozialistischer Führung.

Chautemps mit der Regierungsbildung beauftragt.

Paris, 21. Februar.

Der Präsident der Republik beauftragte den Vorsitzenden der parlamentarischen Gruppe der Radikalsozialistischen Partei, Camille Chautemps, mit der Neubildung des Kabinetts.

Chautemps äußerte sich bei Verlassen des Elysées, daß er den festen Willen habe, eine Regierung der republikanischen Union zusammenzubringen, deren Programm demokratisch-national sei. Er werde sofort seine Beratungen beginnen und umgehend dem Staatspräsidenten die endgültige Antwort überbringen.

Chautemps.

Camille Chautemps ist 45 Jahre alt und hat Rechtswissenschaft studiert. Er hat die übliche Laufbahn der französischen Politiker hinter sich, war zunächst Generalrat, dann Bürgermeister, Abgeordneter und unter der Regierung Herriot Innenminister.

Ein Kabinett ohne Tardieu.

Paris, 21. Februar.

Der radikale Abg. Chautemps hat im Laufe des gestrigen Tages seine Besprechungen zu Ende geführt. Trotzdem Tardieu es abgelehnt hatte, in das neue Kabinett einzutreten, gab Chautemps doch bei seinem Besuch am gestrigen Abend dem Präsidenten der Republik die Erklärung ab, daß er die Kabinettsbildung endgültig übernehme. Chautemps hofft, daß Kabinett im Laufe des heutigen Tages zusammenstellen zu können.

Mit großer Spannung hatte man in Paris der Entscheidung Tardieus entgegengesehen, ob er dem Kabinett Chautemps beitreten wolle. Wie Tardieu erklärte, hatte Chautemps ihm angeboten, besonders mit Rücksicht auf die Fortführung der Verhandlungen auf der Londoner Seeabrüstungskonferenz, in das Kabinett einzutreten. Tardieu hat dieses Angebot jedoch mit Hinweis auf die politischen Ereignisse der letzten Tage und die parlamentarische Lage höflich aber bestimmt abgelehnt.

Außer mit Tardieu hat Chautemps hauptsächlich nur mit Abgeordneten und Senatoren seiner Partei und der ihr nahestehenden Fraktion der radikalen Linken verhandelt. Mit den führenden Sozialisten ist er dem Vernehmen nach nicht in Verbindung getreten. Es scheint also, daß Chautemps an keine Erweiterung der Koalitionsbasis nach links denkt.

Vor einer Regierungskrise in Memel.

Große Erregung über die Rechtsbrüche des Gouverneurs.

Memel, 21. Februar.

Die Ausweisung der reichsdeutschen Lehrer aus dem Memelgebiet hat zu einer krisenhaften Zuspitzung der Lage in Memel geführt. Wie zuverlässig verlautet, sind die Mehrheitsparteien des Memelländischen Landtages entschlossen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300222-12/fragment/page=0001

dem Präsidenten des Landesdirektoriums, Kadgiehn, wegen seiner Haltung in der Ausweisungsfrage das Mißtrauen auszusprechen.

Dem Präsidenten wird zum Vorwurf gemacht, daß er den Drohungen des litauischen Gouverneurs bezüglich der Lehrerausweisung entgegen dem Memelstatut und

gegen den Willen der Landtagsmehrheit

nachgegeben und den Lehrern die Kündigung angedroht hat, ohne sich vorher mit den Mitgliedern des Direktoriums ins Benehmen zu setzen. Da die Unzufriedenheit mit der jetzigen Landesregierung, die völlig unter litauischem Einfluß steht, auch sonst außerordentlich groß ist, so besteht

eine Möglichkeit zur Verhinderung der Krise

höchstens dann, wenn sich der litauische Gouverneur zu einer Aenderung seines Standpunktes in der Frage der Lehrerausweisung bereiterklärt, wenn die Verhandlungen über den Finanzanteil mit der litauischen Regierung noch vor der nächsten Landtagssitzung zur Zufriedenheit der Memelländer abgeschlossen werden und wenn schließlich die bisher vom Gouverneur widerrechtlich zurückgehaltenen Gesetze endlich in Kraft gesetzt werden.

In der memelländischen Oeffentlichkeit

ist die Erregung über das selbstherrliche Vorgehen des litauischen Gouverneurs, der Rechtsbruch an Rechtsbruch reiht und durch die Ausweisung der Lehrer offenbar einen Hauptschlag gegen die memelländische Autonomie führen will, außerordentlich groß. Selbst in litauisch eingestellten Kreisen des Memelgebietes ist man der Auffassung, daß

diese herausfordernde Politik

nicht weiter fortgesetzt werden kann, und daß es das beste wäre, wenn der Gouverneur schnellstens abberufen würde. Auch ist man in der memelländischen Oeffentlichkeit sehr verstimmt darüber, daß bisher weder Deutschland noch eine andere Ratsmacht Veranlassung genommen hat, den Völkerbundsrat auf die fortgesetzten Rechtsbrüche im Memelgebiet hinzuweisen.

Litauische Unfreundlichkeiten.

Um den Pletschkaitisprozeß.

Kowno, 20. Februar.

Die litauische Regierung hat durch das ihr zur Verfügung stehende Blatt zum Ausdruck gebracht, daß sie mit dem Urteil gegen Pletschkaitis zufrieden sei, und es beruhrt deshalb sehr unerfreulich, wenn litauische Tageszeitungen dieses Urteil zum Anlaß von Verdächtigungen gegen die deutschen Richter nehmen. So wird behauptet, daß deutsche Gericht sei vorsichtig um die ganze Materie herumgegangen und habe damit bewiesen, daß es nicht frei gewesen sei von politischen Einflüssen. Es wird bemängelt, daß in Insterburg keine gerichtliche Feststellung darüber getroffen worden sei, ob der Angeklagte Pletschkaitis ein Provokateur oder ein ehrlicher Mann sei.

Den Richtern in Insterburg war keine andere Aufgabe gestellt als die, ein Urteil abzugeben über Handlungen, die der litauische Staatsangehörige Pletschkaitis auf deutschem Boden begangen und mit denen er sich in Widerspruch zur deutschen Gesetzgebung gebracht hatte. Seine Taten und ganz besonders seine politischen Verbindungen und Ziele in Litauen und Polen gingen das deutsche Gericht nicht nur nichts an, sondern mußten außer Betracht bleiben, wenn sich die deutsche Rechtsprechung nicht der Einmischung in politische Angelegenheiten eines anderen Landes schuldig machen wollte. Die Angriffe der litauischen Presse sind daher als verfehlt und bedauerlich mit aller Deutlichkeit zurückzuweisen.

Polen erklärt:

Liquidationsabkommen gehört zum Youngplan.

Warschau, 21. Februar.

Die halbamtliche „Gazeta Polska" stellt fest, daß das Junctim zwischen dem deutsch-polnischen Abkommen und dem Youngplan gar keinem Zweifel unterliegen könnte. Diese Tatsache sei übrigens in Artikel 1 und 6 des Abkommens klar zum Ausdruck gebracht worden. Der Wortlaut des Artikels 6 besage, daß das Abkommen und sein Schlußprotokoll gleichzeitig mit dem Youngplan ratifiziert und in Kraft gesetzt werden sollen.

Der Streit darüber, ob es sich um ein politisches oder juristisches Junctim handele, ändere nichts an der Sache selbst. Die Tatsache könne durch keine sophistische Deutung beseitigt werden. Die deutsche Regierung habe also in dieser Beziehung gar keine Wahl. Unter diesem Gesichtspunkt könne das Gericht über einen angeblichen deutschen Schritt bei der französischen Regierung nur als Versuchsballon gewertet werden, durch den ein Druck auf Polen im Hinblick auf die Handelsvertragsverhandlungen ausgeübt werden solle.

Das Reichskabinett berät.

Das Reichskabinett trat zusammen, um den Ausgabenhaushalt zu verabschieden und zu der Frage Stellung zu nehmen, ob der Polenvertrag zusammen mit den Younggesetzen im Reichstag beraten werden soll, oder ob der Polenvertrag abzutrennen ist.

Arbeitseinschränkungen bei der Reichsbahn.

Verhandlungen mit den Gewerkschaften.

Berlin, 20. Februar.

Zwischen der Reichsbahn und den Reichsbahngewerkschaften haben Verhandlungen stattgefunden, die sich mit einer geplanten Arbeitseinschränkung bei der Reichsbahn beschäftigen.

Eine solche Arbeitseinschränkung ist infolge der gesunkenen Verkehrsziffern und infolge der gesunkenen Einnahmen notwendig geworden. So sind z. B. die Einnahmen des Monats Januar gegen 30 Millionen hinter dem Voranschlag zurückgeblieben, und infolge der schlechten Wirtschaftslage zeigt sich auch für den Monat Februar ein gleiches ungünstiges Bild. Angesichts dieser Verhältnisse ist die Reichsbahn nicht in der Lage, die Saisonarbeiter einzustellen, die sonst um diese Zeit eingestellt würden. Weiter wird mit den Gewerkschaften verhandelt über eine Streckung der Arbeitszeit in den Werkstätten. Unter Umständen kommt statt der Sechstagewoche eine Fünftagewoche für bestimmte Arbeiten in Frage. Eine Entlassung von Arbeitern soll, wenn irgend möglich, vermieden werden.

Es wird erwartet, daß über das notwendig werdende Einschränkungsprogramm zwischen der Reichsbahn und den Reichsbahngewerkschaften eine Einigung erzielt wird. Besonders bedauerlich ist dabei, daß die notwendigen Einschränkungen auch für den deutschen Osten in Frage kommen.

Aus dem In- und Auslande.

Ein deutschnationaler Antrag.

Berlin, 20. Februar. Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, auf diplomatischem Wege eine unzweideutige Feststellung darüber zu treffen, ob der französische Ministerpräsident tatsächlich, wie das „Echo de Paris" vom 5. Februar meldet, auf einer am 4. Februar stattgehabten Parteiführerbesprechung erklärt hat, daß Frankreich auf Grund des Youngplanes gegebenenfalls berechtigt sei, deutsche Häfen und Bergwerke zu beschlagnahmen und das Rheinland wieder zu besetzen, ohne daß Deutschland sich dem widersetzen dürfte.

Zur Durchsuchung des Liebknecht-Hauses.

Berlin, 21. Februar. **Zu den Behauptungen kommunistischer Blätter, die Polizei wäre bei der Beschlagnahme von Schriften im Liebknecht-Hause ungeschickt vorgegangen und hätte falsches Material untergeschoben, wird vom Polizeipräsidenten mitgeteilt: Auf Anordnung des die Durchsuchung leitenden Beamten wurde dem Abgeordneten Sobottka Stück für Stück das beschlagnahmten Materials vorgelesen, damit er sich selbst vom Inhalt noch einmal überzeugen konnte. Die Abgeordneten Ulbricht und Dahlem konnten eine besondere Aufstellung nicht erhalten, da die Zeit zu deren Abfassung fehlte. Daher begleitete der Abgeordnete Sobottka den Materialtransport zum Polizeipräsidium, um dort der Sichtung beizuwohnen. Sobottka erhielt auch eine eingehende Aufstellung über die beschlagnahmten Schriften. Die kommunistischen Blättermeldungen stimmen daher mit den Tatsachen nicht überein.**

Die Reichsrats-Sitzung.

Berlin, 21. Februar. **Der Reichsrat stimmte in einer Vollsitzung dem Gesetzentwurf zu, der das Reichsjustizministerium ermächtigt, bis zum April 1933 Hilfsrichter in Zivil- und Strafsachen zum Reichsgericht hinzuzuziehen.**

Hessen will seine Finanzen selbst ordnen.

Darmstadt, 21. Februar. **Der Finanzausschuß des Hessischen Landtags begann am Donnerstag mit der Haushaltsberatung. Auch die in der Oeffentlichkeit viel erörterte Frage der Aufgabe der Eigenstaatlichkeit oder des Anschlusses an ein anderes Land war Gegenstand der Erörterungen. Von allen Parteien wurde betont, daß diese Frage nicht mit der Finanzfrage verquickt werden dürfe, weil dazu keine Notwendigkeit bestehe. Hessen müsse seine Finanzen selbst in Ordnung bringen. Die Finanzlage des Landes lasse das durchaus zu.**

Die Deutsche Reichsbahn im Januar 1930.

Berlin, 20. Februar. **Dem Amtlichen Nachrichtenblatt der Deutschen Reichsbahn zufolge setzte sich im Januar 1930 im Güterverkehr die rückläufige Bewegung fort. Zu den saisonmäßigen Erscheinungen kam in diesem Jahre erschwerend hinzu, daß infolge des milden Winters die Hausbrandversorgung nur ganz geringe Anforderungen an die Eisenbahn stellte. Von großem Einfluß war ferner die allgemeine schlechte Finanz- und Wirtschaftslage. Im Personenverkehr wirkten sich zunehmende Erwerbslosigkeit, Ausdehnungen der Kurzarbeit, schlechter Geschäftsgang in Handel, Gewerbe und Industrie ungünstig aus. Die Schnell- und Fernzüge waren nur etwa zu 50 v. H. besetzt. — Nach den vorläufigen Ermittlungen betragen die Dezember-Einnahmen für den Personen- und Gepäckverkehr rund 99 Millionen Mark, für den Güterverkehr rund 259 Millionen Mark und für sonstige Einnahmen rund 59 Millionen Mark, also zusammen rund 417 Millionen Mark.**

Wahl des Verwaltungsrats der BIZ.

Paris, 21 Februar. Am 10 März werden in Rom die Leiter der sechs Notenbanken zusammentreffen, um den Verwaltungsrat der BIZ zu bilden. Ferner werden auf der Sitzung, die sich voraussichtlich drei oder vier Tage hinziehen wird, das leitende Personal der Bank ernannt sowie die Zeichnungsbedingungen des Kapitals geprüft werden. Der Gouverneur der französischen Staatsbank, Moreau, wird auf seiner Reise nach Rom von Vizepräsidenten Moret und dem Direktor des wirtschaftlichen Studiendienstes Quesnay begleitet.

Britische Reichskonferenz.

London, 21. Februar. Ministerpräsident Macdonald gab im Unterhause bekannt, daß die britische Reichskonferenz, die alle vier Jahre zusammentritt, am 30. September in London eröffnet werden wird. Auf der Konferenz werde auch die Frage der Herstellung engerer wirtschaftlicher Beziehungen zwischen Großbritannien und den Dominions sowie den Kolonien erörtert werden. Er hoffe, daß bestimmte Ergebnisse in dieser Richtung erzielt würden.

Die Flottenkonferenz vertagt.

London, 21. Februar. Die Arbeiten der Flottenkonferenz sind praktisch zum Stillstand gelangt. In amtlichen britischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß die Wiederaufnahme der Konferenzverhandlungen vor Mitte nächster Woche unwahrscheinlich ist. Am Spätabend wurde ein amtlicher Bericht veröffentlicht, in dem es heißt, daß die Konferenzarbeiten bis Mittwoch nächster Woche vertagt worden sind.

Kleine politische Meldungen.

Grandi verläßt London. Der italienische Außenminister Grandi beabsichtigt, nach Rom abzureisen. Er will in einer Woche zurückkehren, wenn inzwischen die Lösung der französischen Kabinettskrise die Wiederaufnahme der Arbeiten der Flottenkonferenz erlaubt.

Politischer Mord in Schanghai. In Schanghai sind vier Personen, darunter zwei führende Vertreter des linken Flügels der Kuomintang, ermordet worden. Die Mörder sind unerkannt entkommen. Der Mord hat in der Stadt größtes Aufsehen erregt.

Aus der Umgegend

Nebra, 22. Februar.

— **Kirchliches.** Im Blick auf die heranwachende Passionszeit wird darauf hingewiesen, daß nach den Regeln unserer Landeskirche in der Karwoche und am 1. Ostertag (also in diesem Jahre in der Zeit vom 13.—20. April) Trauungen nicht stattfinden dürfen. Dasselbe gilt für den 1. Pfingsttag und den 1. Weihnachtstag, Bußtag und Totensonntag. Da Ausnahmen nur in ganz besonderen Fällen zulässig sind, so wird gebeten, die kirchliche Trauung nicht auf einen der genannten Tage zu verlegen.

— **Zur Obstbaumpflege.** Den Obst- und Gartenbau lohnender zu gestalten und ihm hierdurch weitere Freunde zuzuführen, ist das Ziel der Obst- und Gartenbauvereine. Auch für Nebra und die obstreiche Umgegend besteht ein solcher Verein, dessen reger Tätigkeit wir bereits so manchen Fortschritt zu verdanken haben. Am kommenden Sonntag, nachmittags 2½ Uhr hält der Verein im Gasthaus „Weißes Roß" wiederum eine Versammlung ab, in der belehrende Vorträge inbezug auf Gartenpflege und Vereinsorganisation, Austausch von Erfahrungen bei der Schädlingsbekämpfung u. a. geboten werden. Jeder Gartenfreund sollte im eigenen Interesse die Versammlungen des Vereins besuchen, vielleicht auch die Bestrebungen desselben durch seine Mitgliedschaft unterstützen. Den Obst- und Gemüsebau fördern heißt die wirtschaftliche Not lindern.

— **Preisskat.** Kommenden Sonntag nachmittag werden im Hotel „Zur Burg" die edlen Ritter vom Skat sich zu einem Preisturnier treffen und am Ende des Kampfes feststellen, wer von ihnen als bester Spieler anzusprechen ist. Hohe Preise winken den Siegern.

— **Kappenfest.** Unser Sportverein wird am Sonntag sein Tätigkeitsfeld in den gutdurchwärmten Saal des Schützenhauses verlegen und den Lederball mit der Narrenkappe vertauschen. Auch die Sportler wollen etwas vom Karnevol genießen und sie hoffen, daß all die vielen Freunde, die sonntäglich ihre Gäste auf dem Sportplatz sind, ihnen auch im Schützenhaussaale Gesellschaft leisten werden, zumal sie hier nicht nur zuschauen, sondern selbst aktiv mitwirken dürfen. Aber Humor, die köstliche Würze an jedem Fest, muß jeder Gast mitbringen.

— **Stadt-Lichtspiele.** Der Hauptfilm zur Sonntagsvorstellung führt die Besucher in die mächtige, an Bergen und Klüften außerordentlich reiche Gebirgskette, in die Kordilleren, die den Stillen Ozean auf amerikanischer Seite begrenzt. Berge von über 7000 Meter Höhe weist das ungeheuer langgestreckte Kordillerengebirge auf. Daß so manches Drama sich in diesem menschenormen Gebirge abspielt, und daß letzteres dem Filmphotographen dankbare Objekte bietet, ist wohl anzunehmen. — Ein zweiter Film wird weitere gute Unterhaltung bieten, sodaß die Besucher genußreiche Stunden im Kino verleben werden.

— **Der Landwirtschaftliche Verein Steigra** hält am nächsten Donnerstag seine Hauptversammlung in Carsdorf ab. Es sei besonders erwähnt, daß in dieser Versammlung die Prämiierung langjähriger Dienstboten und Arbeiter erfolgen wird, weshalb die Arbeitgeber dafür zu sorgen haben, daß die Angemeldeten zur Stelle sind. Einige Vorträge, sowie ferner eine rege Aussprache werden für jeden Besucher nützliche Anregung im Beruf bringen.

— **Vorbereitungen zur Konfirmation.** Der Evangelische Elternbund für die Provinz Sachsen schreibt uns: Es ist wünschenswert, daß die Vorbereitungen für die Ausgestaltung der Konfirmation sich nicht nur in der Erledigung der äußeren praktischen Fragen erschöpfen, sondern auch dem inneren Gehalt der Weihehandlung Rechnung tragen. Gewiß ist die Konfirmationsfeier ein Familienfest, aber sie ist darüber hinaus eine Angelegenheit der evangelischen Gemeinde, in die das konfirmierte Kind als mündiges Glied mit dem Recht der Teilnahme am Heiligen Abendmahl aufgenommen werden soll. Wir vertrauen dem Takt der evangelischen Mütter, daß es weithin gelingen wird, schon bei der Vorbereitung alle Störungen oder oberflächlichen Zerstreuungen vom Herzen der Jugend fernzuhalten und die vertiefende Absicht der Kirche und ihre Seelsorge zu unterstützen.

— **Straßensperrung.** Der Kommunikationsweg Wendelstein—Memleben wird wegen Ausbaues in Flur Memleben mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres für allen Verkehr gesperrt. Der Durchgangsverkehr wird auf den Kommunikationsweg Wendelstein—Allerstedt und umgekehrt verwiesen. Die Sperrung wird durch Aufstellen von Sperrtafeln und Richtungspfeilen örtlich bezeichnet werden.

— **Ski-Wettkämpfe im Harz.** Die Schneefälle am letzten Wochenende haben nunmehr auch den Harzer Ski-Verband in die Lage versetzt, die Verbandsmeisterschaft in Schierke am kommenden Sonnabend und Sonntag, den 22. und 23 Februar, zur Durchführung zu bringen. Die Langläufe sind am 22., die Sprungläufe am 23. Februar statt. Die bereits erprobte Eckerlochschanze, die noch Verbesserungen erfahren hat, wird Weiten von 50 m und darüber zulassen. Auch Thüringer Läufer von Ruf werden sich beteiligen.

— **Beleihung der Kommunalanleihen durch die Reichsbank.** Seit 6 Jahren warten die Kommunen und Kommunalverbände darauf, daß die Benachteiligung wieder aufgehoben wird, welche die Aberkennung der Reichsbank-Lombardfähigkeit ihrer Schuldverschreibungen und derjenigen ihrer Kreditinstitute enthielt. Der Reichsrat hat sich bei der Beratung der Gesetze zum Haager Abkommen (Bankgesetz) im Gegensatze zur Reichsregierung zugunsten der Kommunen ausgesprochen. Auch der Deutsche Landkreistag ist beim Reichstage für die Lombardfähigkeit eingetreten, da diese für den Kredit der deutschen Landkreise, ihrer Sparkassen und der Sparkassenorganisation nicht zu entbehren sei, ohne daß dem Reiche ein Schaden hieraus erwachsen könne.

— **Stellung des Kyffhäuserbundes zum Neuen Plan.** In einer Veröffentlichung im „Kyffhäuser" betont der Deutsche Reichskriegerbund „Kyffhäuser", daß sein neutrales Verhalten zum Neuen Plan kein Zeichen von Uneinschlossenheit sei, sondern eine schwer erkämpfte Zurückhaltung, um nicht Parteigegensätze in seine Organisation hineinzutragen, in der durch 3 Millionen Mitglieder alle staatserhaltenden Parteien vertreten sind. Gewiß sei der Neue Plan eine Schicksalsfrage des ganzen deutschen Volkes, aber wir sündden auch vor der erschütternden Tatsache, daß Gegner und Befürworter des Plans je nach ihrer Parteizugehörigkeit ihren Weg für den einzig möglichen halten. Die Regierung könne wirkungsvolle Schritte gegen die uns immer mehr verflixende Haßpolitik unserer Gegner nur dann unternehmen, wenn sie hinter sich ein Volk weiß, das im Kampf gegen die Kriegsschuldlüge in geschlossener Einmütigkeit zusammensteht. Die weiteren schweren wirtschaftlichen Nöte, denen wir, wie die Entscheidung über den Neuen Plan auch ausfallen mag, entgegengehen und der immer stärker drohende Bolschewismus verlangen in erster Linie eine Zusammenfassung aller nationalen und sittlichen Kräfte. Die deutschen Lebens- und Schicksalsfragen dürfen nicht vom Parteistandpunkt aus behandelt werden, sie sind nur durch einen nationalen deutschen Einheitswillen zu lösen.

— **Die Fünf Renten-Markscheine.** Es muß wiederholt darauf hingewiesen werden, daß die Rentenmarkscheine zu 5 Mk. noch immer ihre volle Gültigkeit besitzen. Sie müssen also auch im Geschäftsleben als rechtmäßiges Zahlungsmittel angenommen werden. Es besteht absolut kein Grund, diese Scheine als Zahlungsmittel abzulehnen.

— **Auskünfte auf dem Gebiet des Siedlungswesens.** Das Deutsche Archiv für Siedlungswesen, Berlin NW 6, Luisenstraße 27/28, erteilt Auskünfte über Buch- und Zeitschriftenliteratur auf dem Gebiete des Siedlungswesens, des Städtebaues, des Wohnungs- und des Bauwesens. Das vorhandene Material der Literatur-Kartothek wird auch an Interessenten ausgeliehen. Bedingungen für die Benutzung sind kostenlos zu erhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300222-12/fragment/page=0002

— **Die Frage der Neuordnung der Ferien**, die aus verschiedenen Gründen heraus in der jüngeren Zeit in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt ist, erfährt auch in den unmittelbar in den Folgeerscheinungen berührten Kreisen der Hotelindustrie keine begeisterte Zustimmung in den derzeit vorliegenden Plänen und Absichten, wie sie für die bevorstehenden Verhandlungen im Reichsministerium gedacht sind. Von der berufenen Fachorganisation wurden die größten Bedenken gegen die gedachte Neuregelung geltend gemacht. Die neuen Ferientermine könnten die Lage nur verschlimmern, da durch eine Zusammendrängung der Sommerferien auf wenige Wochen ein erhöhter Andrang, Unterkunftschwierigkeiten, verkürzte Saison, erhöhte Arbeitslosigkeit unter den Hotelangestellten, Beeinträchtigung des Verkehrs und der Einnahmen bei Bahn und Post usw. zu gewärtigen wäre.

— **Mehr Verwendung von Scheidemünzen im Barzahlungsverkehr.** Die Bestände der Reichsbank an Silbermünzen zu 1 und 2 Mark haben seit Mitte vorigen Jahres erheblich zugenommen, obwohl eine Neuprägung in diesen Münzsorten nicht stattgefunden hat. An die Reichs- und die Staatskassen sind daher Anweisungen ergangen, die den Scheidemünzenumlauf zu fördern geeignet sind. Einem Ersuchen des Reichsfinanzministeriums entsprechend wird den Gemeinde- und Amtskörperschaftsbehörden nahegelegt, auch ihre Kassen anzuweisen, bei Barzahlungen, namentlich bei Barauszahlungen von Besoldungen und Löhnen, wie auch dann, wenn bei Bareinnahmungen herausgegeben werden muß, stärker als in letzter Zeit üblich, Scheidemünzen zu verwenden. Nach Paragraph 9 des Münzgesetzes vom 30. August 1924 ist jedermann verpflichtet, Silbermünzen bis zum Betrag von 20 Rm. und auf Reichspfennige, Rentenpfennige oder Pfennige lautende Münzen, soweit sie nicht Silbermünzen sind, bis zum Betrag von 5 Rm. in Zahlung zu nehmen.

Roßleben. [Abiturientenprüfung.] Vom 18.—20. d. Mts. fanden an der hiesigen Klosterschule die Abiturienten-Prüfungen statt. Den Vorsitz an den ersten zwei Tagen (Prüfung der Gymnasiasten) führte Herr Oberschulrat Vogel-Magdeburg, am dritten Tage (Prüfung der Realgymnasiasten) führte den Vorsitz Herr Oberstudiendirektor Dr. Heinemann. Der Erbadministrator der Anstalt, Herr Kammerherr von Ziegler-Witzleben, nahm an den Prüfungen teil. Es erhielten nachstehende Zöglinge der Anstalt das Zeugnis der Reife:

1. Gymnasium:

Freihr. v. Beust, Albert-Heiner (Reichswehr); v. Braunbehrens, Hermann (Germanistik und Literaturwissensch.); v. Glasow, Waldemar (Landwirtschaft); v. Goldacker, Wolfdietrich (Landwirtschaft); v. Hanstein, Eberhard (Reichswehr); Huth, Helmut (Medizin); Mitscher, Hans Wolfgang (Landwirtschaft); Neitzke, Hans-Joachim (Rechtswissenschaft); v. Puttkamer, Friedrich-Karl (Rechtswissenschaft); v. Schlieben, Gumprecht (Rechtswissenschaft); v. Schwerin, Hans Jürgen (Forstfach); Seebens, Heinz (Reichswehr); Seinsch, Hanjorg (Rechtswissenschaft); v. Siebert, Bruno (Rechtswissensch.); v. Stünzner, Joachim (Rechtswissenschaft); Freihr. v. Waldthausen, Helmuth (Rechtswissenschaft).

2. Realgymnasium:

Büchner, Fritz (Ingenieur); Giesewetter, Ernst (Schutzpolizei); v. Hase, Karl (Rechtswissenschaft); Graf Lehndorff, Heinrich (Landwirtschaft); Edler von Lön, Hans (Ingenieur); Ohle, Bernhard (Flugtechnik); Edler von der Planitz, Bernhard Ferdinand (Landwirtschaft); Edler v. d. Planitz, Ferdinand (Reichswehr); v. Reden, Werner (Technik); Schröder, Eberhard (Landwirtschaft); Schmer, Georg (Kaufmann); v. Wegmann, Horst (Kaufmann).

Freitag vormittag fand die übliche Entlassungsfeier in der Aula der Anstalt statt und mittags fuhren in hergebrachter Sitte die abreisenden Abiturienten unter dem Jubel des gesamten Coetus stolz im Vorgespann zum Bahnhof. Die hier am Orte und in der Umgegend wohnenden Abiturienten wurden bereits gestern Abend den erfreuten Eltern auf den Schultern ihrer Kameraden überbracht.

— [Eichenversteigerung.] Gestern fand im Hotel „Thüringer Hof" die diesjährige große Eichenversteigerung der Oberförsterei Ziegelroda statt. Trotz der auch in der Holzbranche äußerst schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse war die Versteigerung doch gut besucht und wurden zum Teil recht erstaunliche Preise erzielt. Eine Eiche mit 2,90 fm Inhalt brachte 1760 RM. Der Termin dauerte bis ca. 6 Uhr abends und es wurden fast sämtliche Lose verkauft.

Gehofen. [Niederlegung des Schulzenamtes.] Am Sonnabend, den 15. d. Mts., wurde den hiesigen Ortseinwohnern durch Ausklingeln bekanntgegeben, daß Herr Landwirt Eduard Hermann sein Amt als Gemeindevorsteher niedergelegt habe. Bis zur Bestätigung des am 29. Dezember v. Jrs. gewählten neuen Schulzen wird der erste Schöffe, Herr Landwirt Friedrich Hermann, das Gemeindevorsteher-Amt verwalten.

Niestedt. Einige Alstedter Wirte unternahmen mittelst Auto von Alstedt aus eine Bierreise. Sie hatten in später Abendstunde Niestedt passiert und befanden sich auf der Straße zum Bahnhof Niestedt, als das Auto nicht mehr mitmachte. Es halfen keine Kunstgriffe und kein Zureden, der Motor streikte. Kurzentschlossen wurde das Auto nach Niestedt zurückgeschoben, um dort die erforderliche Reparatur vornehmen zu lassen. Da aber auch hier niemand wachzukriegen war, schoben die wackeren Kneiper ihre Kutsche über Beyernaumburg, Sotterhausen, Nienstedt nach Alstedt und kamen noch in der Morgendämmerung in ihrer Heimat an.

Sangerhausen. Der für den 5. März angesetzte große Viehmarkt muß wegen der in unserer Stadt herrschenden Maul- und Klauenseuche leider ausfallen. Dafür soll aber noch vor der Frühjahrsbestellung ein größerer Pferdemarkt abgehalten werden.

Sömmerda. Frecher Einbruchsdiebstahl. Am Nachmittag wurde in dem Schuhgeschäft Pölz, Langestraße 50, ein frecher Raub verübt; die Ladenkasse wurde geplündert und den Tätern fielen 250 Mark in Papiergeld in die Hände. Als der Ladeninhaber das Geschäft betrat, hatten sich die Täter bereits entfernt. Die Polizei ist mit Nachforschungen beschäftigt.

Merseburg. Landgerichtsdirektor Dr. Hirsch tot aufgefunden. Am 20. Februar wurde in den Morgenstunden an der Cröllwitzer Papierfabrik die Leiche des Landgerichtsdirektors Dr. Hirsch aus Nordhausen gefunden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß Selbstmord vorliegt. Ueber die Motive zur Tat ist noch nichts bekannt.

Halle. Der Mordan Bauer. Die Beerdigung des am 14. Dezember im Hafen Halle-Trotha ermordeten Geschäftsführer Wilhelm Bauer, der nach Magdeburg überführt wurde, findet dort am Nachmittag des Sonnabends 4,30 Uhr auf dem Westfriedhof statt. Aus dem Obduktionsbefund erfährt man, daß festgestellt wurde, daß die Todesursache Bauers, die mit einem harten stumpfen Gegenstand gegen seinen Schädel geführten Schläge gewesen sind. Der Ermordete wurde also als Leichnam in die Saale geworfen.

Halle. Im Fieberanfall in den Tod. Als Leiche wurde der in Nordhausen amtierende Landgerichtsdirektor Hirsch aus der Saale gezogen. Er war an Grippe erkrankt, in deren Verlauf sich hohes Fieber einstellte, das auch seine geistigen Funktionen störte. Man muß annehmen, daß er in diesem Zustande am Abend nach Halle gefahren ist und sich dort in die Saale gestürzt hat. Landgerichtsdirektor Hirsch, der unverheiratet war, lebte in durchaus geordneten Verhältnissen. Er ist nur 45 Jahre alt geworden.

Cröllwitz bei Merseburg. Verunreinigte Brunnen. Das Gutachten des preußischen Landesamts für Wasser-, Boden- und Lufthygiene, das in der Streitsache über die Verunreinigung der Cröllwitzer Brunnen angefordert wurde, liegt nunmehr vor. In dem Gutachten heißt es, daß die hygienische Untersuchung der betreffenden Brunnen ergeben habe, daß das Wasser der Brunnen keinen Geruch bzw. Geschmack von Benzin oder benzinhaltigen Stoffen aufweist. Das Wasser ist dagegen durch Fäkalien menschlicher oder tierischer Herkunft so verunreinigt, daß die Verwendung zu Trinkwasser die allergrößten Bedenken auslöst. Es sollen Schritte eingeleitet werden mit dem Ziele, Cröllwitz an das Wasserwerk des Zweckverbandes Leuna anzuschließen.

Bad Dürrenberg. Kein Salzabsatz. An der Saline wurde vorläufig wöchentlich eine Feierschicht eingelegt. Die Absatzschwierigkeiten sind zum Teil darauf zurückzuführen, daß sonst um diese Zeit Salz sehr viel zum Auftauen verwendet wird. Dazu macht sich auch die allgemeine wirtschaftliche Lage geltend, da z. B. die Schlächtereien, die sonst einer der Hauptabnehmer sind, gegenwärtig bedeutend weniger Salz verkonsumieren.

Braunsdorf. Dieb im Ledigenheim. Im Ledigenheim wurde ein Arbeiter verhaftet, der einem anderen Arbeiter 430 Mark aus dem Koffer gestohlen hatte. Der Dieb, ein Schlafgenosse, war nach Leipzig gefahren und hatte sich neu eingekleidet, wodurch der Diebstahl aufgeklärt wurde.

Nordhausen. Ein Wilddieb erschießt den anderen. Bei Hasselfelde fand man den Arbeiter Bärenfeld erschossen auf. Die nähere Untersuchung hat ergeben, daß er nicht beim Wildern verunglückt ist, sondern von einem anderen Wildschützen versehentlich erschossen wurde. Dieser hat wahrscheinlich versucht, den Schwerverletzten nach Hause zu schleppen, ihn dann aber liegen lassen, da er inzwischen gestorben war. Die Kriminalpolizei nahm in Hasselfelde Haussuchungen vor und verhaftete mehrere Personen, bei denen man Wilddiebausrüstungen fand. Damit dürfte auch völlige Klarheit über den Fall erreicht werden.

Greiz. Brandstifter in Haft. **Der Brand des Bauerngutes von Hermann Albert in Neugernsdorf hat zur Folge gehabt, daß unter dem Verdacht der Brandstiftung ein Schwiegersohn des Besitzers verhaftet und nach Greiz in das Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert worden ist.**

Neustadt (Orla). Vor kurzem geschah es in Triptis, daß eine junge Dame aus dem benachbarten M. in Weida geschäftlich zu tun hatte. Alles ging nach Wunsch. Nachdem sie den geschäftlichen Teil erledigt hatte, ging sie zum Bahnhof zurück, besuchte aber vorher noch mit ihrer Aktentasche das „stille Oertchen". Währenddessen brauste der Zug heran; die junge Dame war in furchtbarer Aufregung. Schnell nahm sie den Abortdeckel zur Hand, in dem Glauben, sie habe ihre Aktentasche, und rannte zum Zug. Glücklich, aber ganz außer Atem, erreichte sie den Zug und stieg ein. Aufgeregt wie sie war, legte sie den Deckel immer noch in dem Glauben, sie habe ihre Aktentasche, in das Gepäcknetz, zum großen Gelächter der Mitreisenden. Alles grinste, auch die junge Dame; doch erst in Triptis, beim Verlassen des Zuges, bemerkte sie die unangenehme Verwechslung. Sie staunte und wußte nun, warum alles lachte; aber geistesgegenwärtig nahm sie ihren runden Deckel unter den Arm und zog damit zum Stationsbeamten, die seltsame Verwechslung zu melden.

Aus Nah und Fern.

Thale. Verspäteter Pfingstgruß. Dieser verspätete Glückwunsch überraschte in diesen Tagen einige Reinstedter Einwohner, die eine Fuhre Briketts von der Braunkohlengrube „Konkordia" (Nachterstedt) bezogen. Die Briketts trugen die Inschrift „Fröhliche Pfingsten". Der Vorfall dürfte ein Beispiel für den infolge der milden Witterung stark zurückgegangenen Kohlenumsatz sein.

Ziesar. Fliegerbombe im Chausseegraben. Auf der Chaussee zwischen Ziesar und Görzke machte ein Chausseearbeiter einen recht eigenartigen und gefährlichen Fund. Als er mit seiner Hacke den Chausseegraben reinigte, fand er unter wuchernden Brombeeren versteckt eine 25 Zentimeter lange Fliegerbombe; sie war noch mit einem Zünder versehen. Vorsichtig nahm der Arbeiter das gefährliche Ding und legte es besseite, verständigte Landjägerschaft und Feuerwehrkommando von Altengrabow, das dann die Fundstelle absperrte und die Bombe sprengte. Es ist rätselhaft, wie die Bombe so versteckt in den Chausseegraben gekommen ist.

Oebisfelde. Der Tambour von St. Privat gestorben. Im Alter von 83 Jahren ist hier der bekannte Tambour von St. Privat, Friedrich Heinrich Rohde, gestorben. Rohde, der aus Calbe an der Saale stammt, hat im 4. Garderegiment gedient und machte den Sturm auf St. Privat im deutsch-französischen Kriege 1870—71 als Tambour mit. Als ihm ein Trommelstock weggeschossen wurde, schlug er die Trommel mit der Faust weiter.

Biere, Kreis Calbe. Beim Gewehrreinigen lebensgefährlich verletzt. Der Landwirt Schierborn war mit dem Reinigen seines Jagdgewehres beschäftigt, als sich ein Schuß löste. Der Landwirt sank schwerverletzt zu Boden. In hoffnungslosem Zustand wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Gommern. Freitod eines 77jährigen. Selbst den Tod gegeben hat sich der 77 Jahre alte Insasse des Moritz-Mauheimer-Hospitals Johann Klawikowski von hier. Er hatte sich an einer Kiefer in der Nähe des Hospitals erhängt. Was den alten Mann, der sich bei seinen Mitinsassen wegen seines stets gefälligen Wesens einer großen Beliebtheit erfreute, in den Tod getrieben hat, ist bisher noch nicht geklärt.

Berlin. Zusammenstoß zwischen Kraftwagen und Kleinbahn. In der Mariendorfer Allee in Britz fuhr ein Kraftwagen der Berliner Stadtgüter G. m. b. H. gegen einen Zug der Mittenwalder Kleinbahn. Der Wagen wurde vollkommen zertrümmert. Der Chauffeur mußte mit einer schweren Gehirnerschütterung in das Neukölner Krankenhaus gebracht werden. Der Mitfahrer erlitt Schnittwunden an der Hand, konnte jedoch nach Anlegung von Notverbänden in seine Wohnung entlassen werden. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Berlin. Neuer 45-Millionen-Kredit für Berlin. Wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, hat der Magistrat das Angebot einer unter Führung der Preußischen Staatsbank und der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft stehenden Bankengruppen auf einen Kredit von 45 Millionen Reichsmark angenommen.

Berlin. Weitere Beurlaubung von Bötz. Der Urlaub des Oberbürgermeisters Böß ist vom Oberpräsidenten vorläufig bis zum 31. März verlängert worden.

München. Durch Gas vergiftet. Im Kellerarbeitsraum eines Modengeschäftes wurden zwei 17jährige Mädchen durch Gas vergiftet bewußtlos aufgefunden. Die beiden hatten in der Nacht einen Ball besucht. Sie wurden in ein Krankenhaus geschafft, dürften aber kaum mit dem Leben davonkommen.

Kassel. Riesenschadenfeuer. Bei heftigem Sturm brach in einem Gehöft in Sand bei Kassel Feuer aus, das sich binnen einer Viertelstunde auf einen ganzen Häuserblock ausbreitete. Acht Häuser und eine Scheune brannten ab.

Stettin. Vor dem Erstickungstod gerettet. Durch das Treibeis im Haffgebiet gerieten mehrere Schiffer aus Altmarp in schwere Gefahr. Zwei Fischerboote wurden von den Eisschollen zertrümmert und sanken, doch konnten sich die Fischer auf Eisschollen retten, bis ihnen Hilfe gebracht wurde. Mehrere andere Boote gerieten nachts auf das Schiebeis. Die Fischer mußten Notsignale abgeben. Aus Swinemünde wurde ein Regierungsdampfer entsandt, der sechs Fischer, die bereits völlig erschöpft waren, an Bord nahm.

Suhl (Thüringen). Auf einer Klettertour abgestürzt. Der 19jährige Handlungsgehilfe Seifert aus Berlin, der sich auf einer Klettertour befand, stürzte aus beträchtlicher Höhe ab. Mit schweren äußeren Verletzungen wurde er ins Krankenhaus gebracht.

Dresden. Der Sohn wollte den Vater lebendig verbrennen. Als ein auf der Hafenstraße wohnhafter Mann im Zimmer Brandgeruch wahrnahm und der Ursache nachgehen wollte, fand er die Tür der Schlafstube von außen verschlossen. Er schlug Lärm und weckte die Untermieter, die ihn dann befreiten. Flur und Küche waren bereits stark mit Rauch gefüllt. Das Sofa in der Küche stand in hellen Flammen. Beim Löschen des Feuers fand man einen noch brennenden Spirituskocher, mit dem der Brand angelegt worden war. Der 19 Jahre alte Sohn des Wohnungsinhabers, der seit längerer Zeit mit seinem Vater in Unfrieden lebte, gab zu, den Brand angelegt zu haben, um seinen Vater zu ärgern, und wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Zittau. Ein „seltenes Schwein". Demnächst wird in dem hiesigen Schlachthof ein seltenes Schwein geschlachtet, das 10 Zentner und 14 Pfund wiegt. Es ist ein 3jähriger Eber, der aus Pergusen (Ostpreußen) stammt, und von einem Zittauer Schlächter gekauft wurde.

Kommerzienrat Meusdörffer freigelassen.

Nürnberg, 21. Februar.

Oberstaatsanwalt Döll teilte der Presse mit, daß Kommerzienrat Meusdörffer, Kulmbach, gegen eine Sicherheitsleistung von 100 000 Mark aus der Haft entlassen werde.

Dieser Beschluß ist darauf zurückzuführen, daß 1. **keine** Verdunklungsgefahr mehr besteht, und 2. die beiden Arbeiter Schubert und Popp ihr ursprüngliches Geständnis wiederholt haben. Der Staatsanwalt habe sich daher auf den Standpunkt gestellt, daß die beiden unter Umständen mit dem Mord an Frau Meusdörffer irgendwie in Verbindung stehen.

Großfeuer in der chemischen Fabrik Raschig.

Ludwigshafen, 20. Februar. **Aus bisher unbekannter Ursache brach in einem Lagerschuppen der chemischen Fabrik Dr. Raschig ein Großfeuer aus. Die Feuerwehren von Ludwigshafen und Mannheim sowie verschiedene Werksfeuerwehren eilten zur Brandstelle. Das Feuer fand an den Chemikalien reiche Nahrung. Die in unmittelbarer Nähe befindlichen Benzoltanks konnten gerettet werden. Nach 1½stündiger Löschtätigkeit war das Feuer auf seinen Herd beschränkt. Der Betrieb erleidet keinerlei Unterbrechung. Der Schaden beträgt 20 bis 25 000 Mark und ist durch Versicherung gedeckt. Die französische Besatzung hatte zwei Kompagnien Truppen zur Hilfeleistung zur Verfügung gestellt.**

Spiel und Sport.

Nebraer Sportvereinigung von 1924.

Kommenden Sonntag finden auf unserem Sportplatz zwei Diplomspiele statt. Als Gegner ist der Sportklub „Eintracht" Roßleben mit der 2. und 3. Herrenmannschaft nach hier verpflichtet. Roßleben 2. Herren war bisher unserer 1. Mannschaft stets überlegen. Im letzten Spiel auf dem Eintrachtsportplatz in Roßleben mußten wir eine 6:0-Niederlage hinnehmen. Nebra hat daher allen Grund, das Spiel ernst zu nehmen, um ein einigermaßen gutes Resultat zu erzielen. Es wird jedenfalls wieder mit einem spannenden Kampf zu rechnen sein und der Schlußpfiff wird erst den Sieger feststellen. Nebra wird in folgender Aufstellung in den Kampf gehen:

Ernemann II
Sänger Scholze
Werner II Stübner Reinhold
Bernhard Gebhardt Werner I Kluge Körner

Ersatz: Ernemann I; Linienrichter: Lauche, Linsel und Mieth. Als Schiedsrichter fungiert der Unparteiische Fritz Bößiger, Nebra.

Das Spiel der 2. Mannschaft gegen die 3. Elf vom Sportklub Eintracht Roßleben halten wir für beide Teile offen, da Roßlebens 3. hier in Nebra noch nicht bekannt ist und unsere 2. Elf in ihrer jetzigen Aufstellung bis zum Schlußpfiff kämpfen wird. Die Spiele beginnen um 1½ Uhr bezw. um 3 Uhr. Es ist wieder mit interessanten Kämpfen zu rechnen, die wohl kein Sportanhänger versäumen wird.

Sonntag vormittag 10 Uhr: Training unserer Jugendmannschaft auf dem Sportplatz unter Leitung des Herrn B.

Kirchliche Nachrichten

Sexagesimä, Sonntag, den 23. Februar 1930.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst **im Gemeindesaal.** Predigt über Joh. 11, 20—27.

½12 Uhr: Kindergottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindesaal.

2 Uhr: Kindergottesdienst für die jüngere Abteilung im Gemeindesaal.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal (Joh. 3, V. 9, ff.).

Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauen-Verein im Gemeindesaal.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300222-12/fragment/page=0003

Ein neuartiges Gummi-Rettungsboot.

In Bremerhaven hat der Norddeutsche Lloyd mit diesem neuartigen Gummiboot Versuche angestellt. Ein Kippen der Boote ist fast unmöglich. Auf den Schnelldampfern „Bremen", „Europa" und „Columbus" sollen diese Gummiboote als Rettungsboote eingeführt werden.

Kleine Chronik.

Vier Bergleute verschüttet. Auf der Ferdinand-Grube in Kattowitz ereignete sich ein schwerer Unfall. Durch Zubruchgehen eines Pfeilers wurden vier Bergleute verschüttet. Nach mühevollen Bergungsarbeiten gelang es, an die Verschütteten heranzukommen. Einer war bereits tot. Die drei anderen wurden lebend ans Tageslicht gebracht. Einer von ihnen ist schwer verletzt worden, die beiden anderen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Ein wertvolles Gemälde gestohlen. Im Museum der schönen Künste in Mülhausen (Schweiz) ist ein wertvolles Gemälde des französischen Malers Corot gestohlen worden. Die Leinwand wurde von den Dieben aus dem Rahmen herausgeschnitten.

Schweres Grubenunglück bei Mülhausen. Ein schweres Grubenunglück ereignete sich in der Kaligrube „Fernand" in Wittenheim bei Mülhausen (Elsaß), das fünf Menschenleben forderte. Ein Ingenieur einer Pariser Baufirma war in Begleitung des Grubeningenieurs und mit vier Arbeitern in die Grube hinabgestiegen, um Versuche mit einer Belastungsmaschine zu unternehmen. Plötzlich hörte man verdächtiges Krachen und laute Warnrufe. Wenige Sekunden später stürzte die Decke des Stollens ein und begrub fünf der Anwesenden. Nur einem gelang es, sich noch rechtzeitig aus dem Gefahrenbereich zu retten, doch hat er durch den Schreck die Sprache verloren. Die sofort angestellten Rettungsarbeiten führten nur zur Freilegung der fünf Leichen.

Das Verbot ausländischer Lotterien in Frankreich. Das französische Innenministerium veröffentlicht eine Bekanntmachung, die das Verbot ausländischer Lotterien in Frankreich erneut zur Kenntnis bringen soll. Für Zuwiderhandlungen werden u. a. Strafen von 15 Tagen bis zu drei Monaten Gefängnis angeordnet.

Außerordentliche Kälte in ganz Spanien. Von den 49 spanischen Provinzen haben 37 zur Stunde eine Temperatur von mehreren Graden unter Null. In der Provinz Avrila herrscht seit drei Tagen eine Kälte von 20 Grad. Zahlreiche Tiere sind dem Frost bereits zum Opfer gefallen. Eine derartige, mehrere Tage anhaltende Kältewelle war bisher in Spanien noch nicht vorgekommen.

Ein englisches Fischerboot verloren. Das in Hull beheimatete Fischerboot „St. Louis" wird amtlich als verloren gemeldet. Die „St. Louis" verließ Hull am 8. Januar mit einer Bemannung von 15 Personen an Bord. Zwei Rettungsgürtel und ein Rettungsboot der „St. Louis" wurden inzwischen an der norwegischen Küste gefunden. Es besteht kein Zweifel mehr, daß die gesamte Besatzung ertrunken ist.

Byrd hat die Heimreise angetreten. Byrd und die Teilnehmer an seiner Südpolarexpedition haben an Bord der „City of New York" die Heimreise von der Walfischbucht angetreten. Die Flugzeuge und anderes Ausrüstungsmaterial mußten wegen der schnell durchzuführenden Abreise zurückgelassen werden. Das wertvollste Material, das zweifellos die teilweise noch nicht entwickelten Filmaufnahmen darstellen, hat Byrd mit an Bord genommen.

Pestausbruch in Südafrika. Wie aus Johannesburg gemeldet wird, ist in Südafrika die Pest ausgebrochen. Bisher sind etwa 100 Fälle, von denen 60 tödlich verliefen, zu verzeichnen.

Polizeiverordnung.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. S. 265) und des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. S. 195) wird mit Zustimmung des Magistrats folgendes verordnet:

§ 1.

Die nachstehend aufgeführten Polizeiverordnungen
a) vom 25. 3. 1903 über das Feuerlöschwesen,
b) vom 26. 9. 1912 betr. Anbringung von Dachrinnen,
c) vom 19. 12. 1913 betr. Verbot des Badens in der Unstrut,
d) vom 18. 3. 1914 über das öffentliche Anschlagwesen,
e) vom 24. 3. 1914 betr. Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf dem Friedhofe
werden hiermit aufgehoben.

§ 2.

Diese Polizeiverordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Nebra, den 12. Februar 1930

(L. S.) **Die Polizei-Verwaltung.**
J. V. (gez.): Meitz.

Beschluß des Magistrats der Stadt Nebra
vom 12. Februar 1930.

Der Magistrat erteilt zu der Aufhebung der im § 1 aufgeführten Polizeiverordnungen seine Zustimmung.

Nebra, den 12. Februar 1930

Der Magistrat. gez. Unterschriften.

Veröffentlicht.
Nebra, den 21. Februar 1930

Die Polizeiverwaltung. J. V.: Meitz

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 23. Februar, abends 8¼ Uhr
Die Gefangene in den Kordilleren
ferner
Die große Lüge.
Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Hotel „Zur Burg"

Sonntag, den 23. Februar, von nachm. 3 Uhr an:
Preisskat.
Es ladet freundlichst ein **Oswald Möder.**

Zu unserem am
Sonntag, den 23. Februar 1930,
abends 7½ Uhr im
Schützenhaus
stattfindenden
KAPPENFEST
(Stimmungskapelle Stein)
laden wir Freunde und Gönner des Vereins hierdurch herzlichst ein
Nebraer Sportvereinigung 1924.
Flotte Tanzmusik.
— — Saal ist gut geheizt! — —

Voranzeige. — — Im
Ratskeller zu Nebra
findet Sonntag, den 2. März, abends 7½ Uhr, ein
Bandonion-Konzert mit humorist. Einlagen
statt. — **20 Mann Musik!**
Eintritt nur 50 Pfg. Eintritt nur 50 Pfg.
Es laden freundlichst ein
1. Naumburger Bandonion-Verein. Der Wirt.

Vorteilhaft für Jedermann

ist die Errichtung eines Sparkontos. Es ermöglicht die Einzahlung von vorübergehend entbehrlichen Geldern auf tägliche Rückforderung oder die Einlage jeden Betrages gegen Kündigung zu den günstigsten Zinssätzen.

BANKVEREIN ARTERN Spröngerts, Büchner & Co., Kom.-Ges. auf Aktien **Abtlg. NEBRA a. U.**

— Gegründet 1862 —

Rote Hände oder brennend rotes Gesicht wirken unfein. Ein wirksames Mittel dagegen ist die kühlende, reizmildernde und schneeig-weiße **Creme Leodor**, auch als herrlich duftende Puderunterlage vorzüglich geeignet. Ueberraschender Erfolg. Tube 1 Mk., wirksam unterstützt durch Leodor-Edelseife, Stück 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Sämtliche Zeitschriften

des In- und Auslandes, auch Versicherungszeitschriften wie:

Der Bergfried
Das Buch für Alle
Für Dich
Der Helfer
Deutsche Landw. Zeitung
Notwende
Sport und Gesundheit
Das Blatt der Hausfrau
Familienhort
Der Hausfreund
Land und Leute
Nach Feierabend
Schütze Dich
Bobachs Familienhilfe
Wohlfahrt
usw. usw.

liefert pünktlich und ohne Aufschlag
Buchhandlung W. Scharf

Warnung
Streue auf meinen Winterweizen **in der Unteraue**
Gift!
A. Wolff, Großwangen.

N. S. V. 24
Sportplatz unterhalb der Altenburg
Sonntag, den 23. Febr. 1930
2 Dipl.-Wettspiele
N. S. V. 24 / Eintr. Roßleben
(I) Herren / (II) Herren
Anstoß 3 Uhr.
N.S.V. 24 / Eintr. Roßleben
(II.) Herren / (III.) Herren
Anstoß 1½ Uhr.

Geld
von 300 Mark aufwärts beschafft A. Z. 100.
Näh. i. d. Geschäftsst.

Zuverlässiges, ehrliches
Mädchen
als **Aufwartung** gesucht. Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg. am Markt.

Sein natürlicher Instinkt
nimmt Ihnen die Sorge um die Gesundheit Ihres Lieblings. Sein und Ihr Schutz vor und bei Husten sind das seit Jahrzehnten bewährte Hausmittel Kaiser's Brust-Caramellen, deren Nährwert und Bekömmlichkeit sich tausendfach bewährt hat. Mehr als 15 000 Zeugnisse. Beutel 40 Pfg. Dose 90 Pfg. Gebrauchen deshalb auch Sie nur
Kaiser's Brust-Caramellen
mit den 3 Tannen
Zu haben bei: Adler-Drogerie W. Gutsmuths, Nebra; Aug. Oelschlägel, Nebra und wo Plakate sichtbar.

Zur Anfertigung aller Sorten
Strümpfe
(auf neuester Strickmaschine)
empfiehlt sich
Frau Machner,
Nebra. Neue Reihe 17.

Feinste
engl. Bücklinge
— à Pfd. nur 50 Pfg. —
empfiehlt
Wwe. Meitz.

Fischmehl
(bestes Hühner-Futtermittel)
grob und fein — Pfd. 30 Pfg.
bei
R. Barthel.

Bubikopf

wirkt vornehm nur mit Lockenwasser „Ifma". Die Locken bleiben dauernd schön und haltbar.
● „Ifma" duftet herrlich nach Veilchen.
½ Fl. Mk. 1.50, ¼ Fl. Mk. 2.50
Adler-Drogerie Gutsmuths-Nebra, Drogerie Leschke, Querfurt.

Hunderttausende lesen die
WOCHE
Deutschlands populärste Zeitschrift

Das Wertgeschehen im allseitigen Bilderteil.
Eine Fülle guten Lesestoffes: 6 Geiten Roman-Fortsetzung, dazu noch illustrierte Novellen.
Wegweisende Veröffentlichungen über Zukunftsprobleme auf Gebieten der Wissenschaft und Technik.
Vorbildlich in der Herstellung. Photographische Wiedergabe der Bilder durch Tiefdruck, schärfste Konturen, Bilder u. Illustrationen.
Es gibt keine zweite deutsche Zeitschrift, die für 50 Pf. Abwechslung und Reichhaltigkeit und Ausstattung bietet.
Sehen Sie: deshalb lesen so viele die „Woche".

Tun Sie es auch!

Die neueste Ausgabe ist immer Donnerstags bei Ihrem Buch- und Zeitschriftenhändler vorrätig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300222-12/fragment/page=0004

A 1 Universitätsbibliothek

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 221. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten:
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 23 Sonnabend, den 22. Februar 1930 43. Jahrgang

Verzicht auf die große Deckungsvorlage

Die Finanzbesprechungen abgeschlossen.

Berlin, 21. Februar.

Die finanzpolitischen Erörterungen zwischen den Regierungsparteien und dem Reichsfinanzministerium sind zum Abschluß gelangt. Die Aussprache über Haushalts- und Steuerfragen ist geschlossen worden, während die abschließenden Besprechungen über die Sanierung der Arbeitslosenversicherung auch umgehend erfolgen sollen.

Gleichzeitig hofft der Reichsfinanzminister in unmittelbaren Besprechungen mit dem Arbeitsministerium die noch vorhandenen Differenzen über gewisse Etatposten des Arbeitsministeriums ausgleichen zu können, so daß das Kabinett die Ausgabenseite des neuen Reichshaushalts endgültig feststellen könnte.

Der Reichsfinanzminister hofft weiter, spätestens Anfang der nächsten Woche auch die Frage der Deckung des Reichshaushalts für 1930 unter Dach und Fach zu haben. Er hat offenbar auf die sogenannte große Deckungsvorlage, die er ursprünglich im Auge hatte, verzichtet.

Das würde bedeuten, daß der Haushaltsfehlbetrag von 1928 in Höhe von 154 Millionen Mark endgültig aus der Schuldentilgungsfonds übernommen wird. Inwieweit sich hierdurch eine Entlastung des Steuerprogramms der Reichsregierung ergibt, bleibt abzuwarten. Nach privaten Schätzungen glaubt man gegenüber den bisherigen Mehrforderungen von etwa 400 Millionen Mark nunmehr mit 250 oder höchstens 300 Millionen Mark neuen Steuern auskommen zu können. In Frage kommt hierfür in erster Linie die Erhöhung der Biersteuer und die Erhöhung der Kaffee- und Teezölle. Den Vorschlägen, die auf ein Notopfer in der Form einer allgemeinen Erhöhung der Kopfsteuer oder in der Form eines Sonderbeitrages vom Einkommen der Festbesoldeten und Beamten zielen, jetzt der Finanzminister aus nahe liegenden politischen Gründen nach wie vor entschiedensten Widerstand entgegen.

Zur Biersteuererhöhung.

Eine Abordnung der landwirtschaftlichen Erzeugerverbände und der Bauernorganisationen weilte in Berlin, um Stellung zur drohenden Erhöhung der Biersteuer zu nehmen. Vertreten waren der Bayerische Christliche Bauernverein, der Landbund, der Landesverband Bayerischer Ackerbauvereine, der Deutsche Hopfenbau-Verband und der Deutsche Weinbau-Verband. Die Abordnung verhandelte mit Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer und Vertretern der sämtlichen Regierungsparteien.

Die Vertreter der bayerischen Landwirtschaft wiesen mit allem Nachdruck hin auf die katastrophalen Folgen, welche eine Biersteuererhöhung für die bayerische Landwirtschaft, für die bayerische Industrie und das bayerische Gewerbe haben müsse. Ebenso scharf wandten sie sich gegen eine Wiedereinführung der Weinsteuer oder der gemeindlichen Getränkesteuern.

Zollerhöhung für Kaffee und Tee.

Berlin, 21. Februar. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett ermächtigte in seiner unter dem Vorsitz des Reichskanzlers stattgehabten Sitzung den Reichsfinanzminister zum Erlaß einer Verordnung über die Inkraftsetzung der Zollerhöhungen für Kaffee und Tee, welche in dem Gesetz vom 8. April 1922 über Erhöhung von Zöllen beschlossen sind. Die vom Reichsfinanzminister daraufhin zu erlassende Verordnung wird unverzüglich der Oeffentlichkeit bekanntgegeben. Die Erhöhung tritt am 5. März dieses Jahres in Kraft. Das Reichskabinett erledigte alsdann die Ausgabenseite des Etats für 1930 bis auf einige kleinere Restpunkte, die noch im Laufe dieser Woche ihre abschließende Behandlung finden werden.

Zu der vom Reichskabinett beschlossenen Erhöhung des Zolles auf Kaffee und Tee ersahren wir folgende Einzelheiten: Der Zoll auf Rohkaffee, der bisher 130 Rm. pro Doppelzentner betrug, wird auf 160 Rm. erhöht, für gebrannten und gemahlenen Kaffee von 175 auf 300 Rm, der Zoll auf Tee von 220 auf 350 Rm.

Diese Erhöhungen bewegen sich im Rahmen der Ermächtigungen, die durch das in der amtlichen Mitteilung über den Kabinettsbeschluß erwähnte Gesetz vom Jahre 1922 gegeben ist. Damals wurden die Zollmöglichkeiten auf allen anderen Gebieten ausgenutzt, während die Erhöhung auf Kaffee und Tee erst jetzt nachgeholt wird.

Von zuständiger Stelle wird betont, daß aus der Erhöhung der Zölle kaum ein Rückgang des Konsums zu befürchten sei, weil die Preise in der letzten Zeit erheblich zurückgegangen sind. Das Reichsfinanzministerium erwartet aus der Erhöhung des Zolls auf Kaffee eine Mehreinnahme von 40 Mill. Rm., auf Tee von 7 Mill. Rm. Dazu kommen noch 13 Mill. Rm. aus der Nachverzollung der in Deutschland lagernden Bestände, so daß die Mehreinnahme im ganzen für dieses Jahr auf etwa 60 Mill. Rm. zu errechnen ist. Von der Nachverzollung bleiben Haushaltsbestände bis zu 5 Kilogramm frei.

Zwischenfall Wirth — von Freytag-Loringhoven.

Berlin, 20. Februar. In der Sitzung des Youngplanausschusses kam es zu Auseinandersetzungen zwischen dem Reichsminister für die besetzten Gebiete Dr. Wirth und dem deutschnationalen Abgeordneten Freiherrn von Freytag-Loringhoven, wozu von deutschnationaler Seite mitgeteilt wird: Nachdem der Vorsitzende des Ausschusses, Abgeordneter Heimann, die Sitzung geschlossen hatte, beklagte sich Minister Wirth darüber, daß in dem Bericht der Rechtspresse behauptet worden sei, aus dem Ausschuß sei ihm zugerufen worden, er benehme sich wie ein Primaner. Abgeordneter von Freytag-Loringhoven bemerkte schließlich, da die erregten Vorwürfe fortdauerten: „Angesichts Ihres augenblicklichen Benehmens ist dieser Vergleich noch viel zu höflich." Daraufhin stürzte Minister Dr. Wirth auf den Abgeordneten mit den Worten zu: „Und Sie wollen ein Universitätsprofessor sein? Pfui! schämen Sie sich!" Abgeordneter von Freytag-Loringhoven erwiderte: „Lernen Sie erst Manieren, bevor Sie sich erlauben, mit mir zu sprechen!" Darauf verließen beide den Saal, wobei noch immer erregte Worte gewechselt wurden. Durch das Dazwischentreten von mehreren Abgeordneten wurde dann der Zwischenfall beendet.

Journalist in der vertraulichen Sitzung.

Berlin, 21. Februar.

Der Zusammenstoß zwischen dem Reichsminister Dr. Wirth und dem Abgeordneten von Freytag-Loringhoven, war, wie sich jetzt herausstellt, auf einen Bericht zurückzuführen, den die „Deutsche Zeitung" über die vertrauliche Sitzung vom Montag veröffentlicht hatte. Der Bericht stammte von einem Redakteur der „Deutschen Zeitung", Joachim Nehring, der durch eine versehentlich offene Tür die Journalistentribüne des Reichstages betreten und auf diese Weise der Sitzung des Ausschusses beigewohnt hatte.

Dr. Wirth war jedoch der Ansicht gewesen, daß dieser Bericht von einem Mitgliede des Ausschusses verfaßt worden sei und hatte den Abgeordneten von Freytagh-Loringhoven im Verdacht.

Der ganze Vorgang, dessen Aufklärung beträchtliches Aufsehen im Reichstage hervorrief, nachdem bereits ein Teil der Morgenpresse von dem „Manne unter der Bank" — allerdings unrichtiger Weise berichtet hatte — war eingangs Gegenstand der Beratungen der gemeinsamen Sitzung des Auswärtigen und des Haushaltsausschusses.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Scheidemann (Soz.) gab eine Erklärung, die sich gegen die Berichterstattung der „Deutschen Zeitung" über die Ausschußverhandlungen wendet.

Zunächst betonte er, daß die Annahme der Artikel der „Deutschen Zeitung" auf Grund von Indiskretionen eines Ausschußmitgliedes (gemeint ist Freytagh) zustande gekommen sei. Dies habe sich erfreulicherweise nicht als richtig herausgestellt. Vielmehr scheine sich der Vertreter der „Deutschen Zeitung" auf die Journalistentribüne geschlichen zu haben, deren Tür durch ein Versehen des Reinigungspersonals des Reichstages kurze Zeit unverschlossen geblieben war. Der Ausschuß verhandle nicht vertraulich, um der Presse die Arbeit zu erschweren, sondern aus vaterländischem Interesse.

Der Artikel der „Deutschen Zeitung" gebe die Verhandlungen falsch und entstellt wieder und gefährde das Interesse auf das allerschwerste.

Der Redner sprach dann den Wunsch aus, daß der Reichstagspräsident dem Journalisten die Reichstagskarte entziehen möge, einem Ersuchen, dem bisher wegen der Abwesenheit des Reichstagspräsidenten noch nicht entsprochen worden ist.

Gesandter Dr. Köster †.

Belgrad, 20. Februar.

Der deutsche Gesandte für Südslawien, Dr. Adolf Köster, der sich vor einigen Tagen einer Blinddarm-Operation unterziehen mußte, ist an den Folgen der Operation verschieden. Am Totenbett waren die Gattin des Gesandten und die behandelnden Aerzte.

Dr. Köster stand im 47. Lebensjahre. Er war ein gebürtiger Hannoveraner. Nach dem philosophischen Studium trieb er sich zunächst als Privatdozent an der Münchener Technischen Hochschule nieder, kehrte jedoch bald der Laufbahn des Hochschullehrers den Rücken, um sich auf politischem Gebiet zu betätigen. Während des Krieges war Köster für eine Reihe deutscher Zeitungen Kriegsberichterstatter an der Westfront. Von 1919 bis 1920 war Köster Reichs- und Staatskommissar im Abstimmungsgebiet für Nord-Schleswig. Er wurde dann Minister des Aeußeren im ersten Kabinett Müller, 1921 bis 1922 Minister des Innern im Kabinett Wirth, hierauf Gesandter in Riga bis 1928 und dann Gesandter in Belgrad. Dr. Köster war Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

Meinungsverschiedenheiten in Genf.

Ein italienischer Vorstoß.

Genf, 21. Februar.

Italien, das schon die Londoner Konferenz durch seine Sonderwünsche in Bewegung hält, ist auch auf der Genfer Zollfriedenskonferenz mit einer Stellungnahme hervorgetreten, die Erstaunen und Befremden hervorrief. Der italienische Delegierte hat in einer längeren Rede die ganzen Bemühungen um einen Zollfrieden für verfrüht erklärt und die Rückkehr zu zweiseitigen Handelsverträgen als den gegebenen Weg empfohlen. Er hat diese Meinung sehr freimütig und sehr temperamentvoll vertreten, und er hat damit zweifellos einen Teil der Konferenzmitglieder aus dem Herzen gesprochen.

Freilich nicht dem Teil, von dem die wirtschaftliche Lage Europas die dringend notwendige Entspannung erhoffen darf. Das Echo, das der italienische Vorstoß gefunden hat, und das besonders stark in einer Rede des holländischen Delegierten zum Ausdruck kam, war denn auch ein umso deutlicher unterstrichenes Bekenntnis zu der Aufgabe, dem wirtschaftlichen Wettrüsten Einhalt zu gebieten, um so über den Zollwaffenstillstand hinaus den Weg zu eröffnen für eine bessere Ordnung. Man erkennt, daß die ganze wirtschaftspolitische Arbeit des Völkerbundes in Frage gestellt wäre, wenn man jetzt nicht wenigstens zu einem bescheidenen Ergebnis käme. Man sollte danach handeln.

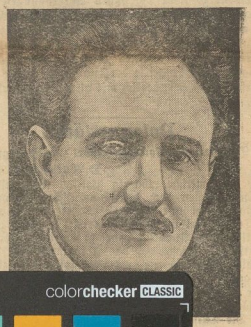
Unter radikalsozialistischer Führung.

Chautemps mit der Regierungsbildung beauftragt.

Paris, 21. Februar.

Der Präsident der Republik beauftragte den Vorsitzenden der parlamentarischen Gruppe der Radikalsozialistischen Partei, Camille Chautemps, mit der Neubildung des Kabinetts.

Chautemps äußerte sich bei Verlassen des Elysées, daß er den festen Willen habe, eine Regierung der republikanischen Union zusammenzubringen, deren Programm demokratisch-national sei. Er werde sofort seine Beratungen beginnen und umgehend dem Staatspräsidenten die endgültige Antwort überbringen.



nd hat Rechtswis-
ufbahn der fran-
Generalrat, dann
er Regierung Her-

21. Februar.
at im Laufe des
u Ende geführt.
in das neue Ka-
bei seinem Besuch
Republik die Er-
ng endgültig
abinett im Laufe
nnen.
Paris der Ent-
er dem Kabinett
eu erklärte, hatte
Rücksicht auf die
Londoner See-
inett einzutreten.
Hinweis auf die
die parlamenta-
nt.

Außer mit Tardieu hat Chautemps hauptsächlich nur mit Abgeordneten und Senatoren seiner Partei und der ihr nahestehenden Fraktion der radikalen Linken verhandelt. Mit den führenden Sozialisten ist er dem Vernehmen nach nicht in Verbindung getreten. Es scheint also, daß Chautemps an keine Erweiterung der Koalitionsbasis nach links denkt.

Vor einer Regierungskrise in Memel.

Große Erregung über die Rechtsbrüche des Gouverneurs.

Memel, 21. Februar.

Die Ausweisung der reichsdeutschen Lehrer aus dem Memelgebiet hat zu einer krisenhaften Zuspitzung der Lage in Memel geführt. Wie zuverlässig verlautet, sind die Mehrheitsparteien des Memelländischen Landtages entschlossen,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219300222-12/fragment/page=0005